

Anleihebedingungen der nachrangigen Schuldverschreibungen „Conservation Forest Canada Tier 1“ der

Ridge Invest ONE GmbH

WKN: A3512Q / ISIN: DE000A3512Q4

Präambel

Die Ridge Invest ONE GmbH beabsichtigt bei Anlegern Kapital einzuwerben, um ein Waldgrundstücke in Kanada (der „**Wald**“) zu erwerben. Bei dem Kapital handelt es sich um nachrangige, auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen, die eine vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre enthalten.

Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre bewirkt eine Wesensänderung der Geldhingabe von einer bankgeschäftstypischen Kapitalanlage mit unbedingter Rückzahlungsverpflichtung hin zu einer unternehmerischen Beteiligung mit einer eigenkapitalähnlichen Haftungsfunktion. Der Anleger übernimmt mit den nachrangigen, auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen ein Risiko, welches über das allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht. Für ihn bedeutet dies, dass das von ihm übernommene Risiko in gewisser Hinsicht sogar über das unternehmerische Risiko eines Gesellschafters hinausgehen kann. Die Zahlungsansprüche aus den nachrangigen, auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen können aufgrund der vorinsolvenzlichen Durchsetzungssperre bereits vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens dauerhaft nicht durchsetzbar sein und der Ausschluss dieser Ansprüche kann dauerhaft und für unbegrenzte Zeit wirken.

1. Nennbetrag, Verbriefung, Kryptowertpapierregister

- 1.1 Die Ridge Invest ONE GmbH mit Sitz in Hamburg (die „**Emittentin**“) begibt bis zu 1.500.000 Stück auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 1,00 (der „**Nennbetrag**“) der Serie „Conservation Forest Canada Tier 1“ (die „**Schuldverschreibungen**“) im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 1.500.000 (der „**Gesamtnennbetrag**“). Die Mindestzeichnung pro Anleger beträgt 200 Schuldverschreibungen (Euro 200).
- 1.2 Die Schuldverschreibungen werden für ihre gesamte Laufzeit durch Bewirkung der Eintragung in ein elektronisches Wertpapierregister in der Form eines Kryptowertpapierregisters im Sinne des § 4 Absatz 1 Nr. 2 des Gesetzes über elektronische Wertpapiere („**eWpG**“) als elektronische Wertpapiere im Sinne des § 2 Absatz 1 eWpG begeben. Die Emittentin benennt die Cashlink Technologies GmbH, Deutsche Börse FinTech Hub, Sandweg 94, 60316 Frankfurt am Main als

registerführende Stelle im Sinne des § 16 Absatz 2 Satz 1 eWpG. Die Emittentin behält sich für die gesamte Laufzeit der Schuldverschreibungen ausdrücklich einen Wechsel der registerführenden Stelle ohne Zustimmung der Anleihegläubiger gemäß § 16 Absatz 2 Satz 3 eWpG vor. Die Eintragung in das Kryptowertpapierregister erfolgt im Wege der Einzeleintragung gemäß § 8 Absatz 1 Nr. 2 eWpG. Ein Anspruch der Anleihegläubiger auf Ausreichung einzelner Schuldverschreibungsurkunden sowie ein Anspruch auf Umwandlung von Einzeleintragungen in eine Sammeleintragung sind ausdrücklich ausgeschlossen. Auf die Schuldverschreibungen finden die Regelungen des eWpG in der jeweils gültigen Fassung Anwendung. Die Emittentin behält sich ausdrücklich gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 eWpG vor, jederzeit während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger die Begebung der Schuldverschreibungen als elektronisches Wertpapier durch ein inhaltsgleiches mittels Urkunde begebenes Wertpapier zu ersetzen.

„**Token**“ im Sinne dieser Anleihebedingungen ist die Eintragung in Bezug auf eine Schuldverschreibung im Kryptowertpapierregister.

„**Wallet-Adresse**“ im Sinne dieser Anleihebedingungen ist eine unverwechselbare alphanumerische Zeichenfolge, die einem Anleihegläubiger oder der Emittentin im Kryptowertpapierregister zugeordnet ist.

- 1.3** Die Schuldverschreibungen sind übertragbar. Übertragungen erfolgen nach den Regelungen des eWpG betreffend Verfügungen über elektronische Wertpapiere in Einzeleintragung. Alle Anleihegläubiger sind verpflichtet, die Schuldverschreibungen bis zum 31. März 2025 weder direkt oder indirekt zur Veräußerung anzubieten, noch zu veräußern, noch eine Veräußerung anzukündigen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die einer Veräußerung wirtschaftlich entsprechen ("Lock-up-Periode").
- 1.4** Die Emittentin ist zur Leistung aus den Schuldverschreibungen nur verpflichtet, wenn der Anleihegläubiger gegenüber der registerführenden Stelle eine Weisung zur Umtragung auf die Emittentin bei Zahlungsnachweis erteilt.

2. Status, Rangrücktritt und vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre

- 2.1** Die Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte, nachrangige und nicht besicherte Verbindlichkeiten der Emittentin und stehen im gleichen Rang untereinander und mindestens im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nachrangigen und nicht besicherten Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit bestimmte zwingende gesetzliche Bestimmungen nichts anderes vorschreiben.
- 2.2** **Der Anleger tritt in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Emittentin sowie im Falle der Liquidation der Emittentin hiermit gemäß §§ 19 Abs. 2 Satz 2, 39 Abs. 2 InsO mit seinen Ansprüchen auf Zahlung der Zinsen sowie auf Zahlung des Rückzahlungsbetrages (zusammen „Zahlungsansprüche des Anlegers“) im Rang hinter die Forderungen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 InsO zurück.**
- 2.3** **Außerhalb eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin sowie außerhalb einer Liquidation der Emittentin sind Zahlungen auf die Zahlungsansprüche des Anlegers solange und soweit ausgeschlossen, wie**

a. die Zahlungen zu

i. einer Überschuldung der Emittentin im Sinne des § 19 InsO oder

ii. einer Zahlungsunfähigkeit der Emittentin im Sinne des § 17 InsO führen.

b. bei der Emittentin eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO oder eine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO besteht

(„vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre“). Dies gilt auch für den Fall, dass Zahlungsansprüche des Anlegers für sich genommen keine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO und keine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO begründen, aber die Summe aller Ansprüche gegen die Emittentin eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO oder eine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO begründen würde.

2.4 Der Anleger erklärt durch die vorstehenden Regelungen keinen Verzicht auf seine Ansprüche aus den Schuldverschreibungen.

3. Verzinsung, Fälligkeit, Verzug

3.1 Die Schuldverschreibungen werden vorbehaltlich Ziff. 2 ab dem 01. April 2024 bis zu ihrer Rückzahlung bezogen auf ihren ausstehenden Nennbetrag verzinst. Die Zinsen sind variabel und bestimmen sich nach dem Bewirtschaftungsüberschusses des Waldes. Eine Schuldverschreibung nimmt am Bewirtschaftungsüberschuss im Verhältnis ihres Nennbetrags zum Gesamtnennbetrag teil. Der Bewirtschaftungsüberschuss entspricht den Einnahmen aus dem Wald (insbesondere Pachteinahmen) abzüglich einer Asset Under Management Fee in Höhe von 1,99% p.a., bezogen auf den im Durchschnitt eines Zinslaufes platzierten Schuldverschreibungen, sowie abzüglich der Kosten für Buchhaltung, Jahresabschluss und Steuererklärung der Emittentin.

3.2 Die Zahlung der Zinsen gemäß Ziff. 3.1 ist vorbehaltlich der Ziff. 2.2. und 2.3 halbjährlich nachträglich am ersten Geschäftstag nach Ablauf eines Zinslaufes zur Zahlung fällig. Der erste Zinslauf beginnt am 01. April 2024 und endet am 30. September 2024. Folgende Zinsläufe beginnen jeweils am 01. Oktober eines Kalenderjahres und enden mit Ablauf des 31. März des folgenden Kalenderjahres bzw. am 01. April eines Kalenderjahres und enden mit Ablauf des 30. September des gleichen Kalenderjahres

3.3 Sind Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen, so werden sie nach der Zinsberechnungsmethode act/act ermittelt. Bei der Methode act/act werden die Anzahl der Tage für die Zinsperiode und die Anzahl der Tage eines Jahres als echte (kalendermäßige) Tage zu Grunde gelegt, so dass die Tage eines Jahres 365 bzw. 366 (Schaltjahr) betragen.

4. Laufzeit, Rückzahlung, Rückerwerb

4.1 Die Laufzeit der Schuldverschreibungen beginnt am 01. April 2024 und endet mit Ablauf des 31. März 2034.

- 4.2 Die Schuldverschreibungen werden am ersten Geschäftstag nach dem Ende der Laufzeit (der „**Rückzahlungstag**“) zu 120 % des Nennbetrags („der **Rückzahlungsbetrag**“) an die Anleihegläubiger zurückgezahlt. Die Höhe des Rückzahlungsbetrages wird von der Emittentin berechnet.
- 4.3 Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen und Token am Markt oder auf sonstige Weise teilweise oder vollständig zu erwerben und zu veräußern.

5. Zahlstelle, Zahlungen, Hinterlegung

- 5.1 Zahlstelle ist die Emittentin („**Zahlstelle**“). Die Emittentin wird dafür Sorge tragen, dass stets eine Zahlstelle vorhanden ist. Die Emittentin kann jederzeit durch Bekanntmachung gemäß Ziff. 9 mit einer Frist von mindestens 30 Tagen eine externe Zahlstelle als Zahlstelle bestellen. Soweit die Emittentin eine externe Zahlstelle bestellt, handelt die Zahlstelle in ihrer Eigenschaft als solche ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und steht nicht in einem Auftrags- oder Treuhandverhältnis zu den Anleihegläubigern. Die Zahlstelle übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern.
- 5.2 Die Emittentin verpflichtet sich, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit in Euro zu zahlen. Die vorgenannten Zahlungen befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren entsprechenden Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen. Die Emittentin ist berechtigt aber nicht verpflichtet, Stückzinsen zu erheben oder Stückzinsen mit der ersten Zinszahlung zu verrechnen.
- 5.3 Falls eine Zahlung auf die Schuldverschreibungen an einem Tag zu leisten ist, der kein Geschäftstag ist, so erfolgt die Zahlung am nächstfolgenden Geschäftstag. In diesem Fall steht den betreffenden Anleihegläubigern weder eine Zahlung noch ein Anspruch auf Verzugszinsen oder eine andere Entschädigung wegen dieser Verzögerung zu.
- 5.4 „**Geschäftstag**“ im Sinne dieser Anleihebedingungen ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System 2 (TARGET2) oder ein entsprechendes Nachfolgesystem und (ii) Clearstream geöffnet sind und Zahlungen abwickeln.
- 5.5 Die Emittentin ist berechtigt, alle auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge, auf die Anleihegläubiger innerhalb von zwölf Monaten nach Fälligkeit keinen Anspruch erhoben haben, bei dem Amtsgericht Hamburg zu hinterlegen. Soweit die Emittentin auf das Recht zur Rücknahme der hinterlegten Beträge verzichtet, erlöschen die betreffenden Ansprüche der Anleihegläubiger gegen die Emittentin.

6. Steuern

- 6.1 Alle Zahlungen auf die Schuldverschreibungen erfolgen unter Abzug und Einbehaltung von Steuern, Abgaben und sonstigen Gebühren, soweit die Emittentin zum Abzug und/oder zur Einbehaltung gesetzlich verpflichtet ist. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, den Gläubigern

zusätzliche Beträge als Ausgleich für auf diese Weise abgezogene oder einbehaltene Beträge zu zahlen.

- 6.2** Soweit die Emittentin nicht gesetzlich zum Abzug und/oder zur Einbehaltung von Steuern, Abgaben oder sonstigen Gebühren verpflichtet ist, trifft sie keinerlei Verpflichtung im Hinblick auf abgaberechtliche Verpflichtungen der Anleihegläubiger.

7. Kündigung durch Anleihegläubiger

- 7.1** Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, die Schuldverschreibungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen und vorbehaltlich der Ziff. 2.2. bis 2.3 deren sofortige Rückzahlung zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu verlangen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn

- 7.1.1** die Emittentin ihre Zahlungsunfähigkeit schriftlich allgemein bekannt gibt oder ihre Zahlungen allgemein einstellt; oder
- 7.1.2** ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Emittentin eröffnet und nicht innerhalb von 30 Tagen nach der Eröffnung aufgehoben oder ausgesetzt wird oder durch die Emittentin beantragt oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird; oder
- 7.1.3** die Emittentin eine wesentliche Verpflichtung, Bedingung oder Vereinbarung hinsichtlich der Schuldverschreibungen nicht erfüllt oder beachtet (die „**Pflichtverletzung**“) und die Nichterfüllung oder Nichtbeachtung länger als 30 Tage andauert, nachdem die Emittentin hierüber von dem Anleihegläubiger, welchen die Pflichtverletzung betrifft, eine Benachrichtigung erhalten hat, durch welche die Emittentin vom Anleihegläubiger aufgefordert wird, die Verpflichtung, Bedingung oder Vereinbarung zu erfüllen oder zu beachten; oder
- 7.1.4** die Emittentin in Liquidation tritt, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen (z. B. einer Verschmelzung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft), sofern diese andere Gesellschaft ein verbundenes Unternehmen der Emittentin im Sinne von § 15ff. AktG ist und alle Verpflichtungen übernimmt, die die Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen eingegangen ist;
- 7.1.5** der Anleihegläubiger der Emittentin erfolglos eine angemessene Frist zur Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit eines nicht funktionstüchtigen Kryptowertpapierregisters gesetzt hat. Der Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit des Registers steht die Übertragung der Schuldverschreibung auf ein anderes Wertpapierregister nach § 21 Absatz 2 und § 22 eWpG gleich.

Ein wichtiger Grund, der zur außerordentlichen Kündigung der Schuldverschreibungen berechtigt, ist insbesondere nicht allein deshalb anzunehmen, weil sich die Vermögensverhältnisse der Emittentin verschlechtert haben. Sofern die Emittentin Sanierungsbemühungen beabsichtigt, insbesondere wenn sich diese Absicht durch Einberufung einer Gläubigerversammlung oder Ankündigung der Einberufung einer Gläubigerversammlung

konkretisiert, ist eine Ausübung der in Ziff. 7 geregelten oder sonstiger außerordentlicher Kündigungsrechte der Anleihegläubiger jeweils bis zum Ablauf von 120 Tagen nach dem Zeitpunkt der Ankündigung oder Einberufung einer Gläubigerversammlung ausgeschlossen, sofern Gegenstand der Gläubigerversammlung Sanierungsmaßnahmen sind.

- 7.2** Eine Kündigungserklärung nach dieser Ziff. 7 hat in der Weise zu erfolgen, dass der Anleihegläubiger der Emittentin die Erklärung in Textform (§ 126b BGB) übersendet und die Umstände darlegt, aus denen sich die vorzeitige Fälligkeit gemäß dieser Ziff. 7 ergibt.
- 7.3** Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

8. Kündigung durch die Emittentin

Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen mit einer Frist von 14 Tagen zum Ende eines Quartals jederzeit ganz oder teilweise durch Bekanntmachung gemäß Ziff. 9 kündigen. Im Falle einer ordentlichen Kündigung durch die Emittentin erfolgt Rückzahlung der Schuldverschreibungen zum Nennbetrag zzgl. ausstehender Zinsen. Rückzahlung und ausstehende Zinsen sind am ersten Geschäftstag nach dem Ende der Laufzeit (in Folge der Kündigung) fällig.

9. Bekanntmachungen und Informationspflichten der Emittentin

- 9.1** Die Schuldverschreibungen betreffende Bekanntmachungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.
- 9.2** Die Emittentin ist berechtigt, Bekanntmachungen auch durch eine Mitteilung in Textform direkt an die Anleihegläubiger zu bewirken.

10. Änderungen der Anleihebedingungen durch die Emittentin

- 10.1** Die §§ 5 bis 22 des Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (Schuldverschreibungsgesetz) findet auf die Schuldverschreibungen und diese Anleihebedingungen Anwendung. Die Anleihegläubiger können Änderungen der Anleihebedingungen - einschließlich einzelner oder aller Maßnahmen nach § 5 Abs. 5 des Schuldverschreibungsgesetzes - durch Mehrheitsbeschluss zustimmen und einen gemeinsamen Vertreter für die Wahrnehmung ihrer Rechte bestellen.
- 10.2** Alle Abstimmungen gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz werden ausschließlich im Wege einer Abstimmung ohne Versammlung durchgeführt.

11. Maßgebliches Recht, Gerichtsstand, Vorlegungsfrist, maßgebliche Sprache

- 11.1** Form und Inhalt der Schuldverschreibungen und alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 11.2** Gerichtsstand für alle sich aus dem Rechtsverhältnis zwischen Anleihegläubiger und Emittentin ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist der Sitz der Emittentin. Diese Gerichtsstandvereinbarung beschränkt nicht das Recht eines Gläubigers, Verfahren vor einem anderen zuständigen Gericht anzustrengen. Ebenso wenig schließt die Einleitung von Verfahren vor einem oder mehreren anderen Gerichtsständen die Einleitung von Verfahren an einem anderen Gerichtsstand aus, falls und soweit dies rechtlich zulässig ist.
- 11.3** Die Vorlegungsfrist für die Schuldverschreibungen beträgt für Kapital und Zinsen ein Jahr. Erfolgt die Vorlegung, so verjährt der Anspruch in zwei Jahren von dem Ende der Vorlegungsfrist an. Erfolgt die Vorlegung nicht, so erlischt der Anspruch mit dem Ablauf der Vorlegungsfrist. Die Vorlegung einer Schuldverschreibung im Sinne des § 801 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) erfolgt durch ausdrückliches Verlangen der Leistung unter Glaubhaftmachung der Berechtigung.
- 11.4** Diese Anleihebedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Nur dieser deutsche Text ist verbindlich und maßgeblich.

Terms and conditions of the subordinated bonds "Conservation Forest Canada Tier 1" of the

Ridge Invest ONE GmbH

WKN: A3512Q / ISIN: DE000A3512Q4

Preamble

Ridge Invest ONE GmbH intends to raise capital from investors to acquire a timberland property in Canada (the "**Forest**"). The capital consists of subordinated bearer bonds which contain a pre-insolvency enforcement block.

The pre-insolvency enforcement block has the effect of changing the nature of the cash injection from a typical banking investment with an unconditional repayment obligation to an entrepreneurial investment with an equity-like liability function. With the subordinated bearer bonds, the investor assumes a risk that goes beyond the general risk of insolvency. For him, this means that the risk he assumes may even exceed the entrepreneurial risk of a shareholder in certain respects. The payment claims arising from the subordinated bearer bonds may be permanently unenforceable due to the pre-insolvency enforcement bar even before insolvency proceedings are opened and the exclusion of these claims may be permanent and indefinite.

12. Nominal amount, securitization, crypto securities register

- 12.1** Ridge Invest ONE GmbH with its registered office in Hamburg (the "**Issuer**") is issuing up to 1,500,000 bearer bonds with a nominal value of EUR 1.00 each (the "**Nominal Amount**") of the series "Conservation Forest Canada Tier 1" (the "**Bonds**") in an aggregate nominal amount of up to EUR 1,500,000 (the "**Aggregate Nominal Amount**"). The minimum subscription per investor is 200 Notes (EUR 200).
- 12.2** The Notes will be issued for their entire term by effecting registration in an electronic securities register in the form of a crypto securities register within the meaning of Section 4 para. 1 no. 2 of the German Electronic Securities Act ("**eWpG**") as electronic securities within the meaning of Section 2 para. 1 eWpG. The Issuer appoints Cashlink Technologies GmbH, Deutsche Börse FinTech Hub, Sandweg 94, 60316 Frankfurt am Main, Germany, as registrar within the meaning of Section 16 para. 2 sentence 1 eWpG. The Issuer expressly reserves the right to change the registrar for the entire term of the Bonds without the consent of the Bondholders pursuant to Section 16 para. 2 sentence 3 eWpG. The entry in the crypto securities register is made by way of individual entry pursuant to Section 8 para. 1 no. 2 eWpG. A claim by bondholders to the issue of individual bond certificates and a claim to the conversion of individual entries into a collective

entry are expressly excluded. The provisions of the eWpG, as amended, apply to the bonds. The issuer expressly reserves the right pursuant to Section 6 (2) no. 2 eWpG to replace the issuance of the bonds as electronic securities by a security with the same content issued by means of a certificate at any time during the term of the bonds without the consent of the bondholders.

"Token" for the purposes of these Terms and Conditions means the entry in respect of a Note in the Crypto Securities Register.

"Wallet address" within the meaning of these Terms and Conditions is a unique alphanumeric character string assigned to a Bondholder or the Issuer in the crypto securities register.

- 12.3** The bonds are transferable. Transfers are made in accordance with the provisions of the eWpG regarding the disposal of electronic securities in individual registration. All bondholders are obliged not to offer the bonds directly or indirectly for sale, nor to sell them, nor to announce a sale or take other measures that are economically equivalent to a sale ("lock-up period") until March 31, 2025.
- 12.4** The Issuer is only obliged to make payment under the Bonds if the Bondholder issues an instruction to the Registrar to transfer the Bonds to the Issuer upon proof of payment.

13. Status, subordination and pre-insolvency enforcement bar

13.1 The Bonds constitute direct, unconditional, subordinated and unsecured obligations of the Issuer and rank pari passu among themselves and at least pari passu with all other present and future subordinated and unsecured obligations of the Issuer, unless certain mandatory statutory provisions provide otherwise.

13.2 In the event of insolvency proceedings over the assets of the issuer and in the event of liquidation of the issuer, the investor hereby subordinates his claims to payment of interest and to payment of the repayment amount (together "investor's payment claims") to the claims within the meaning of Section 39 (1) nos. 1 to 5 InsO in accordance with Sections 19 (2) sentence 2, 39 (2) InsO.

13.3 Outside of insolvency proceedings over the assets of the issuer and outside of a liquidation of the issuer, payments on the investor's payment claims are excluded as long as and to the extent that

a. the payments to

i. an over-indebtedness of the issuer within the meaning of § 19 InsO or

ii. lead to insolvency of the issuer within the meaning of Section 17 InsO.

b. the issuer is overindebted within the meaning of Section 19 InsO or insolvent within the meaning of Section 17 InsO

("pre-insolvency enforcement block"). This also applies in the event that payment claims of the investor do not in themselves constitute over-indebtedness within the meaning of Section 19 InsO or insolvency within the meaning of Section 17 InsO, but the sum of all claims against the issuer would constitute over-indebtedness within the meaning of Section 19 InsO or insolvency within the meaning of Section 17 InsO.

13.4 The above provisions do not constitute a waiver of the investor's claims under the bonds.

14. Interest, due date, default

14.1 Subject to Clause 2, the bonds will bear interest from April 1, 2024 until their redemption in relation to their outstanding nominal amount. The interest is variable and is determined by the forest management surplus. A bond participates in the management surplus in the ratio of its nominal amount to the total nominal amount. The management surplus corresponds to the income from the forest (in particular lease income) less an asset under management fee of 1.99% p.a., based on the average number of bonds placed in an interest period, and less the costs for bookkeeping, annual financial statements and the issuer's tax return.

14.2 Subject to sections 2.2 and 2.3, the payment of interest in accordance with section 3.1 is due for payment semi-annually in arrears on the first business day after the end of an interest period. The first interest run begins on April 1, 2024 and ends on September 30, 2024. The following interest runs begin on October 1 of a calendar year and end at the end of March 31 of the following calendar year or on April 1 of a calendar year and end at the end of September 30 of the same calendar year

14.3 If interest is to be calculated for a period of less than one year, it is calculated using the act/act interest calculation method. With the act/act method, the number of days for the interest period and the number of days in a year are taken as the basis as real (calendar) days, so that the days in a year are 365 or 366 (leap year).

15. Term, repayment, repurchase

15.1 The term of the bonds begins on April 01, 2024 and ends at the end of March 31, 2034.

15.2 The bonds will be repaid to the bondholders on the first business day after the end of the term (the "**repayment date**") at 120% of the nominal amount ("the **repayment amount**"). The amount of the redemption amount is calculated by the issuer.

15.3 The Issuer is entitled to purchase and sell Notes and Tokens on the market or otherwise, in part or in full.

16. Paying agent, payments, deposit

16.1 The paying agent is the issuer ("**paying agent**"). The Issuer will ensure that a paying agent is always available. The Issuer may appoint an external paying agent as paying agent at any time by giving at least 30 days' notice in accordance with Clause 9. If the issuer appoints an external paying agent, the paying agent acts in its capacity as such exclusively as an agent of the issuer and is not in a contractual or fiduciary relationship with the bondholders. The paying agent does not assume any obligations towards the bondholders.

- 16.2** The issuer undertakes to make payments on the bonds in euros when due. The aforementioned payments release the Issuer from its corresponding liabilities under the Notes in the amount of the payments made. The Issuer is entitled but not obliged to charge accrued interest or to offset accrued interest against the first interest payment.
- 16.3** If a payment on the Bonds is to be made on a day which is not a Business Day, the payment shall be made on the next following Business Day. In this case, the relevant bondholders shall not be entitled to any payment or any claim for default interest or other compensation due to this delay.
- 16.4** "**Business Day**" for the purposes of these Terms and Conditions means any day (other than a Saturday or Sunday) on which (i) the Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System 2 (TARGET2) or any successor system thereto and (ii) Clearstream are open and process payments.
- 16.5** The issuer is entitled to deposit all amounts payable on the bonds to which bondholders have not made a claim within twelve months of maturity with the Hamburg Local Court. If the issuer waives the right to redeem the deposited amounts, the relevant claims of the bondholders against the issuer shall lapse.

17. Taxes

- 17.1** All payments on the Notes will be made subject to deduction and withholding of taxes, duties and other charges to the extent that the Issuer is required by law to deduct and/or withhold. The Issuer is not obliged to pay additional amounts to the Holders as compensation for amounts so deducted or withheld.
- 17.2** Insofar as the Issuer is not legally obliged to deduct and/or withhold taxes, duties or other fees, it has no obligation whatsoever with regard to the Bondholders' obligations under tax law.

18. Termination by bondholders

- 18.1** Each bondholder is entitled to terminate the bonds without observing a notice period and, subject to sections 2.2. to 2.3, to demand immediate repayment at the nominal amount plus accrued interest if there is good cause. Good cause exists in particular if
- 18.1.1** the Issuer generally announces its insolvency in writing or generally suspends its payments; or
 - 18.1.2** insolvency proceedings are opened over the assets of the Issuer and are not terminated or suspended within 30 days of the opening or are applied for by the Issuer or the opening of insolvency proceedings is refused for lack of assets; or
 - 18.1.3** the Issuer fails to perform or observe any material covenant, condition or agreement relating to the Bonds (the "**Breach**") and such failure or non-observance continues for more than 30 days after the Issuer has received notice thereof from the Bondholder to whom the Breach relates requiring the Issuer to perform or observe such covenant, condition or agreement; or

18.1.4 the Issuer goes into liquidation, unless this occurs in connection with measures under company law (e.g. a merger or other form of combination with another company), provided that this other company is an affiliated company of the Issuer within the meaning of Section 15 et seq. AktG and assumes all obligations that the issuer has entered into in connection with the bonds;

18.1.5 the bondholder has unsuccessfully set the issuer a reasonable deadline to restore the functionality of a non-functional crypto securities register. The transfer of the bond to another securities register pursuant to Section 21 (2) and Section 22 eWpG is equivalent to the restoration of the functionality of the register.

Good cause entitling to extraordinary termination of the bonds is not to be assumed solely because the financial situation of the issuer has deteriorated. If the issuer intends to make restructuring efforts, in particular if this intention is substantiated by convening a creditors' meeting or announcing the convening of a creditors' meeting, the bondholders may not exercise the extraordinary termination rights set out in Section 7 or any other extraordinary termination rights until 120 days after the date of the announcement or convening of a creditors' meeting, provided that the subject of the creditors' meeting is restructuring measures.

18.2 A declaration of termination pursuant to this Section 7 must be made in such a way that the Bondholder sends the declaration to the Issuer in text form (Section 126b BGB) and sets out the circumstances which give rise to the early maturity pursuant to this Section 7.

18.3 The right of termination expires if the reason for termination was remedied before the right was exercised.

19. Termination by the Issuer

The issuer may terminate the bonds in whole or in part at any time by giving 14 days' notice to the end of a quarter in accordance with Section 9. In the event of ordinary termination by the issuer, the bonds will be redeemed at the nominal amount plus outstanding interest. Repayment and outstanding interest are due on the first business day after the end of the term (as a result of the termination).

20. Announcements and information obligations of the Issuer

20.1 Notices relating to the Bonds will be published in the Federal Gazette. A notice shall be deemed to have been given on the date of its publication (or, in the case of several notices, on the date of the first publication).

20.2 The issuer is also entitled to make announcements directly to the bondholders in text form.

21. Amendments to the terms and conditions of the Bonds by the Issuer

- 21.1** Sections 5 to 22 of the German Act on Bonds from Global Issues (German Bond Act) apply to the Bonds and these Terms and Conditions. The bondholders may approve amendments to the terms and conditions of the bonds - including individual or all measures pursuant to Section 5 (5) of the German Bond Act - by majority resolution and appoint a joint representative to exercise their rights.
- 21.2** All votes in accordance with the Bond Act will be conducted exclusively by way of a vote without a meeting.

22. Applicable law, place of jurisdiction, time limit for presentation, relevant language

- 22.1** The form and content of the Bonds and all resulting rights and obligations of the Bondholders and the Issuer are subject to the laws of the Federal Republic of Germany.
- 22.2** The place of jurisdiction for all legal disputes arising from the legal relationship between the bondholder and the issuer is the registered office of the issuer. This agreement on the place of jurisdiction does not restrict the right of a creditor to initiate proceedings before another competent court. Nor does the initiation of proceedings before one or more other jurisdictions preclude the initiation of proceedings at another jurisdiction, if and to the extent that this is legally permissible.
- 22.3** The presentation period for the bonds is one year for capital and interest. If the claim is presented, it expires two years after the end of the presentation period. If the presentation is not made, the claim expires at the end of the presentation period. The presentation of a bond within the meaning of Section 801 of the German Civil Code (BGB) is effected by an express request for performance, accompanied by prima facie evidence of entitlement.
- 22.4** These Terms and Conditions are drawn up in German. Only this German text is binding and authoritative.